

A N T R A G
CDU-Fraktion

Gegenstand:

Sicherstellung des Busverkehrs im Dresden Westen

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

bis zum Schulbeginn am 29.08.2022 sicherzustellen, dass im Bereich der Ortschaften Mobschatz, Unkersdorf, Oberwartha und Rennersdorf in den werktäglichen Hauptverkehrszeiten (06:30 Uhr und 08:30 Uhr) eine ausreichende Beförderungskapazität im Bereich der Linie 93 vorhanden ist, so dass gewährleistet ist, dass alle Fahrgäste - insbesondere die Schülerinnen und Schüler - an allen Haltestellen befördert werden können. Außerdem sind die Umsteigebeziehungen zwischen den Linie 91 und 93 sicherzustellen.

Bei der Umsetzung sollen die Ortschaften Gompitz, Mobschatz, Oberwartha, Cossebaude und die Interessengemeinschaft Schulbus einbezogen werden.

Beratungsfolge

Plandatum

Stadtrat		öffentlich	beschließend
----------	--	------------	--------------

Begründung:

Mit Stadtratsbeschluss A0158/2020 wurde die Landeshauptstadt Dresden beauftragt, für eine Verbesserung der ÖPNV Anbindung für die Ortschaften des Dresdner Westens zu sorgen. Entsprechende Finanzmittel wurden für den Haushalt 2021/22 zur Verfügung gestellt. Der Stadtratsbeschluss wurde 2021 nicht umgesetzt und die eingestellten Mittel für 2021 sind verfallen. Mit Ende der Winterferien 2022 war ein verbessertes Fahrplanangebot vorgesehen. Dieses wurde bislang nicht umgesetzt.

Aktueller Stand ist, dass die Kapazität der eingesetzten Busse regelmäßig unzureichend ist und Fahrgäste - hier insbesondere Schülerinnen und Schüler - nicht befördert werden können. Hinzu kommen Verspätungen und nicht funktionierende Umsteigebeziehungen, die aufgrund der sehr langen Taktzeiten besonders negative Auswirkungen haben.

Insbesondere im Hinblick auf die Schulanfänger und deren Schulwegsicherheit ist dieser Zustand nicht länger hinnehmbar. Möglichkeiten der Abhilfe wären beispielsweise ein Verstärkerverkehr auf den Linien 91/93 durch die Satra Eberhardt GmbH oder andere Verkehrsträger, zusätzliche Schülerbusse oder Taxi- oder Shuttleverkehr.

Da bis zum Schulanfang dringend Abhilfe geschaffen werden muss, ist eine ordentliche Behandlung in Ausschüssen oder auf der übernächsten Stadtratssitzung nicht mehr möglich.

Zur Deckung der notwendigen Finanzbedarfe können die dafür eingestellten Haushaltsmittel (siehe oben), bzw. bei höherem Bedarf bspw. eingesparte Personalausgaben (analog Sonderzulage Mitarbeiter Gesundheitsamt) verwendet werden.

Peter Krüger
Fraktionsvorsitzender

Anlagenverzeichnis: